



Der Angriff der USA auf Irans zwei Urananreicherungsanlagen habe „schwere“, aber keine „vollständigen“ Schäden verursacht, sagte der Chefinspektor der UN-Atomenergiebehörde. Iran könnte in „wenigen Monaten“ wieder Uran anreichern, erklärte Rafael Mariano Grossi, der Generaldirektor der Internationalen Atomenergiebehörde, gegenüber dem US-Sender CBS News.

Seine Äußerungen vertieften den Graben zwischen ihm und der Trump-Regierung darüber, wie stark die USA das iranische Atomprogramm tatsächlich zurückgeworfen haben. Präsident Trump beharrte gestern darauf, dass der Iran seine nuklearen Ambitionen aufgegeben habe, weil der amerikanische Angriff seine Anlagen „ausgelöscht“ habe.

Grossis Analyse deckt sich mit einer vorläufigen Einschätzung der Defense Intelligence Agency, die den Rückschlag für das iranische Atomprogramm auf lediglich einige Monate bezifferte. Der CIA-Direktor sagte später in der Woche, das iranische Programm sei schwer beschädigt worden und die US-Geheimdienste setzten ihre Bewertung des Angriffs fort.

Europas harter Kurs in der Migrationspolitik

Europäische Politiker aller Lager vertreten zunehmend eine strengere Linie gegenüber irregulären Migranten, einige wollen sogar Dänemarks Null-Flüchtlingspolitik übernehmen. EU-Beamte arbeiten derzeit an neuen Regeln, die helfen sollen, Asylsuchende in Drittstaaten abzuschieben.

Die Zahl der Migranten, die in der EU ankamen, sank in den ersten fünf Monaten des Jahres 2025 um etwa 20 Prozent, nach einem starken Rückgang schon im Vorjahr. Diese vorläufigen Zahlen stammen von Frontex, der Grenzschutzagentur der EU. Gleichzeitig nahmen Abschiebungen langsam zu. Dennoch bleibt die Migration auf bestimmten Routen, etwa von Libyen nach Griechenland, erheblich.

Dieser politische Kurswechsel baute sich stetig auf, ausgelöst durch den Unmut vieler Wählerinnen und Wähler. Dieser Unmut führte dazu, dass nationalistische, rechtsextreme und populistische Parteien gestärkt wurden, nachdem Europa vor einem Jahrzehnt weit mehr als eine Million Syrer, Iraker, Afghanen und andere Schutzsuchende aufgenommen hatte.



Russland führt seine bisher heftigsten Luftangriff auf die Ukraine aus

Russland hat die Ukraine mit Hunderten Drohnen und Raketen angegriffen, erklärten die ukrainischen Behörden gestern. Angriffe auf Infrastrukturen wurden im ganzen Land gemeldet, auch im Westen der Ukraine, der sonst seltener getroffen wird. Es war zunächst unklar, ob Zivilisten getötet wurden, aber die ukrainische Luftwaffe teilte mit, dass ein Kampf-Jet Pilot getötet wurde, während er versuchte, russische Raketen abzuschiessen.

Die ukrainische Luftwaffe gab an, dass Russland das Land über Nacht mit 537 Drohnen und Raketen angegriffen habe – die höchste Zahl, die in einer einzigen Nacht seit Beginn des Krieges registriert wurde.

WEITERE TOP-NACHRICHTEN

Europa: Eine gefährliche Hitzewelle erfasst weite Teile des Kontinents und löst weitreichende Gesundheits- und Feuerwarnungen aus.

USA: Das große innenpolitische Gesetzespaket, das die Republikaner im Senat verabschieden wollen, würde laut Berechnungen des Congressional Budget Office die Staatsverschuldung in den nächsten zehn Jahren um mindestens 3,3 Billionen Dollar erhöhen.

Migration: Ein Bundesberufungsgericht in New Orleans entscheidet heute, ob Präsident Trump den „Alien Enemies Act“ für Massendeportationen von Migranten einsetzen darf.

Gaza: Das israelische Militär erließ weitreichende Evakuierungsanordnungen für Stadtteile in Gaza-Stadt, während Präsident Trump zu einer Waffenruhe aufrief.

Costa Rica: Nicaraguanische Menschenrechtsaktivisten, die nach Costa Rica geflüchtet sind, fürchten, dass ihre Regierung Auftragsmörder entsendet, um sie zu töten.

Grönland: United Airlines hat einen saisonalen Direktflug von New Jersey in die Hauptstadt der arktischen Insel aufgenommen, die Präsident Trump übernehmen will.



Pride-Paraden

New York City: Während Millionen Menschen zur größten Pride-Parade der USA zusammenkamen, wächst in LGBTQ-Communities die Sorge über den landesweiten Widerstand gegen Transgender-Personen.

Hilfe: Trumps massive Haushaltskürzungen bedrohen Begegnungszentren für ältere LGBTQ-Personen, die häufiger von Armut und sozialer Isolation betroffen sind als ihre heterosexuellen Altersgenossen.

Geschichte: In den 1970er-Jahren galten homosexuelle Eltern vor den meisten US-Gerichten als ungeeignet und verloren das Sorgerecht.